

## Niederschrift

über die 10. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 09.03.2022, 18:00 Uhr in der Aula der Städtischen Realschule, Gillesweg 1, 52511 Geilenkirchen

### Tagesordnung

#### I. Öffentlicher Teil

1. Mitteilungen der Bürgermeisterin
2. Vorlage und Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung mit -plan und Anlagen der Stadt Geilenkirchen für das Haushaltsjahr 2022  
Vorlage: 2493/2022
3. Offenhalten von Verkaufsstellen im Stadtzentrum in 2022  
Vorlage: 2459/2022
4. Antrag der CDU-Fraktion auf Hundesteuerbefreiung für Halter von Assistenzhunden  
Vorlage: 2488/2022
5. Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Geilenkirchen  
Vorlage: 2495/2022
6. Antrag der CDU-Fraktion und Bürgerliste - Kostenerlass für Vereine und vereinsähnliche Einrichtungen  
Vorlage: 2492/2022
7. Information zur Kosten-Nutzen-Analyse des Katalogeinkaufs der KoPart eG  
Vorlage: 2490/2022
8. Anfragen

#### II. Nichtöffentlicher Teil

9. Grundstücksangelegenheiten
  - 9.1. Verkauf eines Grundstücks in der Gerbergasse und Übernahme von zwei Grundstücken  
Vorlage: 2480/2022
  - 9.2. Beratung und Beschlussfassung über den Abschluss eines Grundstücksüberlassungsvertrages zwischen der Stadt Geilenkirchen und der FUTURE SITE InWest Entwicklungsgesellschaft  
Vorlage: 2294/2021
  - 9.3. Beratung und Beschlussfassung über den Abschluss eines Notarvertrages zur Veräußerung des Grundstücks Gemarkung Geilenkirchen, Flur 33, Flurstück 879 an

die RFS Immobilien GmbH, Herzog-Wilhelm-Straße 11a, 52511 Geilenkirchen  
Vorlage: 2497/2022

10 . Auftragsvergaben

10.1 . Auftragsvergabe - Rattenbekämpfung im Stadtgebiet Geilenkirchen  
Vorlage: 2484/2022

10.2 . Aufstellung über Auftragsvergaben nach § 11 Abs. 4 Buchstabe j) i. V. m. § 11 Abs. 5  
Zuständigkeitsordnung vom 16.12.1999 & Aufstellung über in 2021 beschaffte Güter  
über den Katalogeinkauf KoPart eG  
Vorlage: 2494/2022

11 . Anfragen

**Anwesend waren:**

Vorsitzende

1. Frau Bürgermeisterin Daniela Ritzerfeld

Mitglieder

2. Herr Marko Banzet
3. Frau Maria Beaujean
4. Herr Markus Diederer
5. Frau Sonja Engelmann
6. Herr Helmut Gerads
7. Frau Christina Hennen
8. Herr Rainer Jansen
9. Herr Michael Kappes
10. Herr Wilfried Kleinen
11. Herr Willi Münchs
12. Herr Gero Ronneberger
13. Herr Manfred Schumacher
14. Herr Lars Speuser
15. Herr Harald Volles
16. Herr Max Weiler

Beratendes Mitglied gemäß § 58 GO

17. Frau Hannelore Peter

Stellvertretendes Mitglied

18. Herr Hans-Jürgen Benden Vertretung für Frau Ruth Thelen
19. Frau Karola Brandt Vertretung für Herrn Christian Kravanja
20. Herr Robert Kauhle Vertretung für Herrn Raimund Tartler
21. Herr Peter Krückels Vertretung für Herrn Hans-Josef Paulus

von der Verwaltung

22. Herr Erster Beigeordneter Herbert Brunen
23. Frau Silvana Feratovic
24. Herr Joachim Grünwald
25. Herr Beigeordneter Stephan Scholz

Protokollführer

26. Herr Dominik Hilgers

Es fehlten:

27. Herr Christian Kravanja

28. Herr Hans-Josef Paulus

29. Herr Raimund Tartler

30. Frau Ruth Thelen

Bürgermeisterin Ritzerfeld eröffnete die 10. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Geilenkirchen am 09.03.2022 um 18 Uhr in der Aula der Städtischen Realschule und hieß die Stadtverordneten, den Vertreter der Presse sowie die Zuschauerinnen und Zuschauer herzlich willkommen.

Die Einladung zur Sitzung sei form- und fristgerecht zugestellt worden. Einwendungen gegen die Niederschrift der 9. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.01.2022 seien nicht erhoben worden.

Sie entschuldigte an dieser Stelle Stadtverordneten Kravanja, der von der Stadtverordneten Brandt vertreten werde, Stadtverordnete Thelen, die vom Stadtverordneten Benden vertreten werde, Stadtverordneten Paulus, der vom Stadtverordneten Krückels vertreten werde und Stadtverordneten Tartler, der vom Stadtverordneten Kauhl vertreten werde. Sie stellte die Beschlussfähigkeit fest.

## **I. Öffentlicher Teil**

### **TOP 1      Mitteilungen der Bürgermeisterin**

- a) Bürgermeisterin Ritzerfeld informierte darüber, dass ein E-Mail-Postfach für die Flüchtlingshilfe eingerichtet worden sei. Bis jetzt seien 120 Hilfsangebote eingereicht worden. Diese würden sich auf Unterkünfte, Sachspenden, Dolmetscherleistungen und Transportangebote belaufen. Sie bedankte sich für die großartige Hilfsbereitschaft. Verwaltungintern habe man sich personell und organisatorisch auf die Lage eingerichtet. Es seien bislang 60 ukrainische Flüchtlinge in Geilenkirchen angekommen, deren Namen bekannt seien. Darüber hinaus seien wahrscheinlich noch weitere durch private Initiativen angekommen.

Das Zuweisungsverfahren sei nunmehr klar geregelt: Geflüchtete sollen sich zuerst in der Erstaufnahmeeinrichtung in Bochum anmelden. Privat aufgenommene Flüchtlinge sollten sich schnellstmöglich bei der Stadt registrieren. Sie wies zudem darauf hin, dass es nicht sinnvoll sei, Flüchtlinge an der polnischen Grenze abzuholen, ohne zuvor Unterbringungsmöglichkeiten mit der Stadt abgestimmt zu haben. Hierauf werde in den nächsten Tagen nochmal öffentlich hingewiesen. Weiterhin seien in der gestrigen Schulleiterkonferenz konzeptionelle Lösungen erarbeitet worden. Es würden insbesondere geflüchtete Kinder in Geilenkirchen ankommen. Dies werde durch die Caritas unterstützt. Über die weiteren Entwicklungen werde die Verwaltung informieren.

- b) Bürgermeisterin Ritzerfeld gab bekannt, dass Frau Christa Butenschön ihren Rücktritt als Seniorenbeauftragte erklärt habe. Sie werde zur nächsten Ratssitzung zur Verabschiedung eingeladen.
- c) Sie informierte zuletzt darüber, dass Mitarbeitende des Bauhofes in den nächsten Wochen mit der Reinigung der Uferbereiche der Wurm beginnen würden, um rechtzeitig vor der Wachstums- und Brutphase den vom Hochwasser angeschwemmten Unrat zu beseitigen.

**TOP 2      Vorlage und Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung mit -plan und Anlagen der Stadt Geilenkirchen für das Haushaltsjahr 2022  
Vorlage: 2493/2022**

Bürgermeisterin Ritzerfeld hielt ihre Haushaltsrede. Die Rede ist der Niederschrift als Anlage beigefügt. Von dem üblichen Verfahren abweichend, gab sie Gelegenheit, über den Entwurf der Haushaltssatzung und des -planes zu beraten.

Stadtverordneter Schumacher erklärte, dass sich die Fraktionen der Bürgerliste, der FDP und der CDU zusammengeschlossen hätten, um den nachfolgenden Änderungsantrag vorzulegen: „Es wird beantragt, den vorliegenden Entwurf der Haushaltssatzung vom 22.02.2022 nebst Anlagen in der Fassung zu beschließen, dass

1. für das Jahr 2022 anteilige und für die Jahre 2023 – 2025 vollständige Kosten für die Erweiterung des Ordnungs- und Sicherheitsdienstes für zwei Personalstellen (EG 8),
2. eine Erhöhung der Grundsteuer B von bisher geplant 590 v. H. auf 600 v. H.
3. und eine Erhöhung der Gewerbesteuer von 418 v. H. auf 430 v. H.

berücksichtigt werden. Die Verwaltung wird damit beauftragt, zur Beschlussfassung am 23.03.2022 einen fortgeschriebenen Entwurf der Haushaltssatzung nebst Anlagen vorzulegen.“

Stadtverordneter Kleinen erklärte, dass darüber hinaus eine Fahrzeugausstattung erforderlich sei. In Ergänzung zum Antrag der Fraktionen beantragte er, Kosten für die Anschaffung von zwei Fahrzeugen mit entsprechender Folierung zu berücksichtigen. Die Fahrzeuge sollten einem Streifenwagen optisch ähneln, um effektiv Präsenz zeigen zu können und von Weitem sichtbar zu sein.

Stadtverordneter Benden gab zu bedenken, dass der Antrag dem Appell zur Sparsamkeit von Bürgermeisterin Ritzerfeld widersprechen würde. Es werde ausgeblendet, dass man der Haushaltssicherung entgegensteuere. Dies müsse den Bürgern/innen nachdrücklich verdeutlicht werden. Ohne den Ordnungs- und Sicherheitsdienst würden die Bürger/innen bereits mehrbelastet. Hinzu käme, dass in Folge der Pandemie und des Ukraine-Krieges die Energie- und Lebensmittelkosten stark steigen würden. Zu bedenken sei, dass die zusätzlichen Personalkosten jährlich auf die Stadt zukommen und die Nebenkosten für städtische Gebäude ebenfalls steigen würden. Die Haushaltssicherung bedeute, dass freiwillige Leistungen konsequent fremdbestimmt eingestellt bzw. heruntergefahren würden. Dies bedeute insbesondere die Schließung der Stadtbücherei, Mitteleinstellung für Institutionen wie den Bürgertreff und die Zille sowie die Streichung der Mittel für das St. Ursula Gymnasium. Er appellierte an die antragstellenden Fraktionen, den Antrag zurückzunehmen.

Stadtverordneter Gerads erklärte, dass fast alle im Rat vertretenen Parteien den Bürgern/innen seit mehreren Jahren versprechen würden, sich um einen Ordnungsdienst zu

kümmern. Der beantragte Ordnungs- und Sicherheitsdienst sei nicht allein verantwortlich für die mögliche Haushaltssicherung. Es sei viel Geld für verschiedenste Konzepte ausgegeben worden, die nicht umgesetzt worden seien. Dies müsse zu Ende gedacht werden. Er unterstütze die Aufwertung des Wurmauenparks. Dies lohne sich jedoch nicht, wenn die Bürger/innen Angst hätten, ihn in den Abend- und Nachtstunden zu betreten. Das Sicherheitsgefühl der Bürger/innen dürfe nicht ignoriert werden.

Stadtverordneter Banzet erklärte, dass die SPD-Fraktion die Notwendigkeit sehe, das Ordnungsamt zu stärken. Gleichwohl stimmte er seinem Vorredner zu; die Haushaltslage gebe die personelle und sächliche Aufstockung des Ordnungsamtes nicht her.

Stadtverordneter Benden wies darauf hin, dass die Grünen keinen Ordnungs- und Sicherheitsdienst im Wahlprogramm gehabt hätten, sondern den Fokus auf die Jugendarbeit und Präventionsmaßnahmen gelegt hätte. Diese hätten früher verfolgt werden sollen. Weiterhin gab er zu bedenken, dass fraglich sei, ob geeignetes Personal gefunden werden könne, wenn sich der Dienst vornehmlich auf die Abend- und Nachtstunden beschränke und die Stellen nach EG 8 bewertet seien.

Stadtverordneter Gerads erklärte, dass seine Fraktion nicht gegen Prävention sei. In der jetzigen Situation handle es sich jedoch um einen Personenkreis, der mit 18-20 Jahren bereits zu alt sei, als dass Präventionsmaßnahmen wirken könnten.

Stadtverordnete Hennen bezweifelte, dass die Aufstockung des Ordnungsamtes viel bewirken könne. Ordnungsbedienstete aus anderen Kommunen seien teils arbeitsunfähig, weil sie nachts überfallen worden seien. Bei dem vorgestellten Antrag gehe es um eine Symptombehandlung und um Reglementierung; man müsse allerdings eher die Bedürfnisse der Menschen in Erfahrung bringen und diese lenken. Das Geld werde daher an der falschen Stelle ausgegeben.

Stadtverordneter Kahl warf ein, dass ein Rückgang der Schäden durch Vandalismus positive Auswirkungen auf den Haushalt hätte, da weniger Sanierungs- und Reparaturaufwand anfalle.

Stadtverordnete Brandt warnte davor, in eine Schwarz-Weiß-Malerei zu verfallen. Es sei nicht zutreffend, dass mit dem Haushaltssicherungskonzept zwangsläufig die punktuell genannten Schließungen oder die Streichung von Zuwendungen verbunden sei. Sie betonte, dass insbesondere die älteren Bürger/innen ordnungsdienstliche Hilfe anfordern würden. Die Steuererhöhung sei ohnehin notwendig gewesen; dies sei nicht allein auf den Ordnungs- und Sicherheitsdienst zurückzuführen.

Bürgermeisterin Ritterfeld fasste die Diskussion zusammen. Die Frage sei, ob man sich den Ordnungs- und Sicherheitsdienst leisten wollen würde. Die jetzige Situation sei nicht zufriedenstellend, dies werde auch der Verwaltung zurückgespiegelt. Stünden die notwendigen Reserven zur Verfügung, würde die Verwaltung zweifellos hinter einem Ordnungs- und Sicherheitsdienst stehen. Die mit dem Antrag angestrebte Aufstockung des Ordnungsamtes um zwei Personen sei aus organisatorischer Sicht ausreichend. Damit sei es möglich, einen Schichtdienst einzuführen. Es sei nicht sinnvoll, zwei Personen ausschließlich für die Abend- und Nachtstunden einzustellen.

In Bezug auf den Ergänzungsantrag hinterfragte sie, ob zwei Fahrzeuge notwendig seien, da nicht gleichzeitig mehrere Teams im Außendienst seien. Ein Fahrzeug würde ausreichen.

Nach kurzer Diskussion erläuterte Stadtverordneter Kleinen, dass sein Ergänzungsantrag dahingehend abgewandelt werden könne, dass auch ein bestehendes Fahrzeug lediglich entsprechend foliert werden sollte.

Nach einer weiteren kurzen Diskussion stellte Bürgermeisterin Ritzerfeld den Beschlussvorschlag, bestehend aus den beiden Anträgen, vor und bat um Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Geilenkirchen, den vorliegenden Entwurf der Haushaltssatzung vom 22.02.2022 nebst Anlagen in der Fassung zu beschließen, dass

1. für das Jahr 2022 anteilige und für die Jahre 2023 – 2025 vollständige Kosten für die Erweiterung des Ordnungs- und Sicherheitsdienstes für zwei Personalstellen (EG 8),
2. eine Erhöhung der Grundsteuer B von bisher geplant 590 v. H. auf 600 v. H. ,
3. eine Erhöhung der Gewerbesteuer von 418 v. H. auf 430 v. H.
4. und die Folierung eines Fahrzeuges, erkennbar als KFZ des Ordnungs- und Sicherheitsdienstes,

berücksichtigt werden. Die Verwaltung wird damit beauftragt, zur Beschlussfassung am 23.03.2022 einen fortgeschriebenen Entwurf der Haushaltssatzung nebst Anlagen vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich beschlossen.

**TOP 3      Offenhalten von Verkaufsstellen im Stadtzentrum in 2022  
Vorlage: 2459/2022**

**Beschlussvorschlag:**

Die Ordnungsbehördliche Verordnung zum Offenhalten von Verkaufsstellen im Stadtzentrum von Geilenkirchen im Jahr 2022 wird in der vorliegenden Form beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

**TOP 4      Antrag der CDU-Fraktion auf Hundesteuerbefreiung für Halter von  
Assistenzhunden  
Vorlage: 2488/2022**

Stadtverordneter Gerads erklärte, dass die Fraktion Bürgerliste den Antrag begrüße und diesen erweitern wollen würde. In Geilenkirchen gebe es ungefähr fünf Hunde, die zu Rettungshunden ausgebildet seien. In anderen Kommunen würden diese zu 50 % steuerbefreit. Er bat den Antrag dahingehend zu ergänzen. Ein Bekannter bilde die Hunde aus. Sein Antrag auf Steuerermäßigung sei seinerzeit abgelehnt worden.

Frau Feratovic erklärte, dass die Steuerermäßigung bereits in § 5 Abs. 1 der Hundesteuersatzung berücksichtigt seien. Die Erweiterung des Antrages sei daher nicht notwendig. Der Bekannte des Stadtverordneten Gerads könne nochmal einen Antrag stellen; dieser werde wohlwollend geprüft.

Stadtverordneter Gerads zog den Erweiterungsantrag zurück.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat beschließt die Steuerbefreiung von Assistenzhunden, die der Hilfe schwerbehinderter Personen dienen, soweit ein Schwerbehindertenausweis oder eine ärztliche Verschreibung für den Assistenzhund vorgelegt wird. Die Steuerbefreiung muss beantragt werden und wird lediglich für einen Hund und nur dann gewährt, wenn der Hund aufgrund seiner besonderen Ausbildung geeignet ist, die bestehende Behinderung zu mildern. Auch die besondere Ausbildung ist nachzuweisen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

**TOP 5      Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Geilenkirchen  
Vorlage: 2495/2022**

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat beschließt die 8. Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Geilenkirchen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

**TOP 6      Antrag der CDU-Fraktion und Bürgerliste - Kostenerlass für Vereine und  
vereinsähnliche Einrichtungen  
Vorlage: 2492/2022**

Stadtverordneter Schumacher wies darauf hin, dass das in der Stellungnahme der Verwaltung angesprochene Programm nicht pauschal gelte, sondern nur für geplante Veranstaltungen, die hätten ausfallen müssen und für die bereits Verbindlichkeiten eingegangen worden seien, die zu begleichen seien. Der Antrag ziele darauf ab, fehlende Einnahmen zu kompensieren.

Bürgermeisterin Ritzerfeld erklärte, dass die Verwaltung davon ausgehe, dass die Vereine die Zeit bis zur Besserung der pandemischen Lage überstehen würden. Sofern ein Verein eine Stundung beantrage, werde diese zinslos gewährt.

Stadtverordneter Benden stimmte dem zu. Die Vereine hätten es zurzeit schwer, jedoch sei angesichts der Haushaltslage von einer pauschalen Regelung abzusehen. Er schlug vor, die Beratung über den Antrag bis zu den Sommerferien zu verschieben.

Nach kurzer Diskussion bat Bürgermeisterin Ritzerfeld um Abstimmung über die Absetzung des Tagesordnungspunktes und zur Wiedereinbringung der Angelegenheit in die letzte Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vor den Sommerferien.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss setzt den Punkt „Antrag der CDU-Fraktion und Bürgerliste – Kostenerlass für Vereine und vereinsähnliche Einrichtungen“ von der Tagesordnung ab. Er beschließt, in seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien 2022 erneut über den Punkt zu beraten.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

**TOP 7      Information zur Kosten-Nutzen-Analyse des Katalogeinkaufs der KoPart eG  
Vorlage: 2490/2022**

Der Haupt- und Finanzausschuss nahm die Information zur Kosten-Nutzen-Analyse des Katalogeinkaufs der KoPart eG zur Kenntnis.

**TOP 8      Anfragen**

- a) Stadtverordneter Benden fragte nach dem aktuellen Sachstand zur Beschwerde des Fuß e. V. bei der Kommunalaufsicht zur Planung in der Fliegerhorstsiedlung.

Bürgermeisterin Ritzerfeld antwortete, dass bislang noch keine Antwort vorliege. Die Verwaltung habe zuletzt eine Stellungnahme abgegeben. Sie gehe davon aus, dass die Kommunalaufsicht noch in diesem Monat eine Rückmeldung geben werde.

Nach diesem Tagesordnungspunkt beendete Bürgermeisterin Ritzerfeld den öffentlichen Teil der Sitzung. Sie verabschiedete sich vom Vertreter der Presse und den Zuschauern/innen und wünschte einen angenehmen Abend.

Sitzung endet um: 20:18 Uhr

Vorsitzende:

gez.

Daniela Ritzerfeld  
Bürgermeisterin

Schriftführer:

gez.

Dominik Hilgers